

**MDR Aktuell –  
Wahlkreis Ost - Der Politik-Podcast aus Leipzig**  
Freitag, 07. Juli 2023

Thema: Stecken wir in einer Demokratiekrise?

**Malte Pieper, Moderator**  
**Stefan Kloss, Moderator**  
MDR Aktuell – Das Nachrichtenradio

**Ralf-Uwe Beck, Experte**  
Parteilos, Theologe

### **Malte Pieper**

Hallo und willkommen zum Ost-West-Ritt durch die deutsche Politikszene. Mein Name ist Malte Pieper, ich bin Redakteur und Moderator bei MDR Aktuell. Anja Maier ist diesmal nicht an meiner Seite. Anja ist krank. Gute Besserung nach Brandenburg! Umso mehr freue ich mich, dass mein MDR Aktuell Kollege Stefan Kloss eingesprungen ist, langgedienter Korrespondent in Indien, Pakistan, Afghanistan, seit einigen Jahren zurück. Stefan, du stammst aus Weißwasser im Kreis Görlitz, also unmittelbar an der polnischen Grenze. Weißwasser, da sagt jetzt vielleicht der ein oder andere, Moment, da war doch irgendwas. Genau, das ist der Ort, aus dem Tino Chrupalla stammt, der AfD-Chef. Der wohnt auch immer noch in Weißwasser, hat da seinen Wahlkreis, hatte mit über 35% direkt gewonnen, in deiner Heimat. Hallo Stefan!

### **Stefan Kloss**

Hallo, Malte.

### **Malte Pieper**

Mit Tino Chrupalla sind wir eigentlich auch schon wieder direkt beim Thema. Beim letzten Mal haben wir über den ersten AfD-Landrat in Sonneberg in Thüringen diskutiert. Jetzt, am vergangenen Sonntag, ist der erste direkt gewählte hauptamtliche AfD-Bürgermeister dazugekommen in Raguhn-Jeßnitz in Sachsen-Anhalt. Die Empörung, die Verwunderung im Westen, die ist weiter groß, und ich will dazu mal eine Mail von Herrn H. aus Leipzig vorlesen, die er an uns, an [wahlkreis-ost@mdr.de](mailto:wahlkreis-ost@mdr.de) geschickt hat:

*„Die AfD hat es trotz ihrer offenkundigen Rechtslastigkeit, ihrer internen Grabenkämpfe und oft erschreckend platten Verlautbarungen geschafft, einen Landrat zu stellen. Und die halbe Republik gerät in helle Aufregung. Man müsste ausrufen ‚Leute, macht euch mal locker‘, schreibt Herr H. aus Leipzig. Und weiter: Wir sind sicher zu Recht stolz auf unser Wahlrecht, auf Volkes Wille etc., aber wehe, wenn es nicht das gewünschte Ergebnis zeigt, dann ist gleich die gesamte Demokratie in größter Gefahr. Das hat nicht einmal ein Trump in den USA geschafft, diese Demokratie zu zerstören. Und nun ein Landrat in Sonneberg? Ach, bitte!“*

Das schreibt also Herr H. aus Leipzig. Stefan, hat er recht? Sollten wir uns mal locker machen?

### **Stefan Kloss**

Ja, würde ich auch sagen. Ich würde sagen, man sollte das alles mal ein bisschen lockerer sehen. Weil das Wort Sonneberg gerade gefallen ist: Egal, wie man das sieht, das war eine demokratische Wahl. Und weil du es angesprochen hattest, ich war lange in Asien unterwegs, Indien, Pakistan, aber auch Afghanistan. Dort haben wir als Westen natürlich auch freie Wahlen organisiert, und wir waren sehr stolz, dass dort alle frei wählen konnten, dass Frauen zur Wahl gehen konnten. Und da haben wir nicht geguckt, wer wurde gewählt? Natürlich müssten auch die freien Wahlen sozusagen was Selbstverständliches sein. Und es darf der gewählt werden, der auf dem Wahlzettel steht.

### **Malte Pieper**

Aber du kennst auch die Bedenken. Verharmlost man da möglicherweise da etwas, weil der gewählte Landrat in Sonneberg, aber auch der Bürgermeister im Raguhn-Jeßnitz, beide sind Mitglied der AfD, einer Partei, die im Falle Sonneberg als gesichert rechtsextrem gilt, vom Verfassungsschutz so eingeschätzt wird. Also erstmals Extremisten auch in gewählten Ämtern. Muss man da nicht erst mal schwer durchatmen? Ist das nicht völlig okay?

### **Stefan Kloss**

Ja, man muss auch dazu sagen, diese Kandidaten sind natürlich auch geprüft worden, also durch einen Wahlprüfungsausschuss, wenn ich

das richtig im Kopf habe. Sie stehen auf dem Wahlzettel, ja, und ich denke mal, man muss da auch aufpassen, dass man nicht sagt, okay, die sind gewählt worden. Da gibt es eben diese Vorbehalte. Und alle die, die wählen, die Wähler, die haben vielleicht falsch gewählt. Man wertet damit auch so ein bisschen die Wähler ab, denke ich, oder das ist mein Gefühl. Und vielleicht wertet man auch ein bisschen die Wahl ab? Also ich denke, man muss da aufpassen. Vielleicht sollte man denen auch erst mal eine Chance geben. Und ich kann nur sagen, oder bestätigen, was auch der der Zuhörer geschrieben hat. Einfach mal abwarten und sich lockermachen.

03:48

### **Malte Pieper**

Auf der anderen Seite speisen sich die AfD-Wahlsiege ja aus jeder Menge Frust. Frust über die Bundesregierung, über die Landesregierung, Frust über die Verwaltung, Unsicherheit über all die Krisen, die wir momentan haben, den Krieg in der Ukraine. Und das für mich eigentlich Erschreckende ist: Wenn man sich die jüngsten Studien zur Lage hier im Osten anschaut – nehmen wir nur zwei Zahlen: Nach einer Studie der Universität Leipzig, halten es fast zwei Drittel der Ostdeutschen für sinnlos, sich politisch zu engagieren. Und mehr als drei Viertel gehen demnach davon aus, sowieso keinen Einfluss darauf zu haben, was die Regierung tut. Drei Viertel der Ostdeutschen in dieser, unserer Demokratie. Wie kann das sein, eben in einer Demokratie, die von den Ostdeutschen erkämpft wurde und die nur wirklich funktionieren kann, wenn auch mitgemacht, mitgestaltet wird? Was ist da schiefgegangen in den vergangenen Jahren? Mal schauen, ob uns das einer beantworten kann, der sich seit Jahren dafür einsetzt, dass wir alle auch mitmachen können, bspw., indem wir die Gesetzgebung selbst in die Hand nehmen und der Politik quasi vor die Füße werfen. Ein herzliches Willkommen nach Eisenach, von dort ist uns Ralf-Uwe Beck zugeschaltet, parteiloser Theologe, einst Pfarrer im DDR-Grenzgebiet, Bürgerrechtler und seit Jahren Bundessprecher von „Mehr Demokratie“. Hallo, Herr Beck!

### **Ralf-Uwe Beck**

Hallo, Herr Pieper! Hallo, Herr Kloss!

### **Malte Pieper**

Herr Beck, wir haben uns vor mehr als 15 Jahren kennengelernt. Da haben Sie mit viel Engagement, mit geschicktem Vernetzen von Menschen und indem Sie viel Begeisterung für ihr Projekt geweckt haben, da haben Sie es geschafft, dass gegen den erklärten Willen der damaligen CDU-Alleinregierung in Thüringen, die Hürden für bürgerschaftliches Engagement deutlich gesenkt wurden. Und Thüringen ist durch das Eintreten von Ihnen, Ihren Mitstreitern damals, ganz weit vorne inzwischen, wenn es um direkte Demokratie geht. Und ich sehe noch die Bilder vor mir: Damals haben Tausende auf den Straßen, auf den Plätzen, in den Vereinen Unterschriften gesammelt. Ja, man kann sagen, wir würden heute sagen, es war eine regelrechte Bewegung. Wenn man jetzt nach Thüringen schaut, nicht nur dahin, eigentlich fast in den gesamten Osten, dann hört man viel Wehklagen über „Die da oben“. Bei all diesen Wehklagen, wo ist der Schwung von 2008 geblieben?

### **Ralf-Uwe Beck**

Immerhin haben wir es erreicht, dass sich die Zahl der Bürgerbegehren in Thüringen verdoppelt hat. Wir haben in Thüringen dadurch, dass wir eben wirklich beste Regeln haben, für direkte Demokratie, die meisten Bürgerbegehren im Vergleich der ostdeutschen Länder. Ungefähr zehn Initiativen im Jahr brechen auf und versuchen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Das, was mit der direkten Demokratie verbunden ist, ist, dass es eigentlich schwerer wird, mit dem Finger auf „Die da oben“ zu zeigen, weil ich ja Möglichkeiten habe, die Sachen selbst in die Hand zu nehmen, also mich von Parteien und von der Politik völlig unabhängig zu machen. Ich kann aus der Bittstellerrolle heraustreten, in die Gestalterrolle. Also die direkte Demokratie ist so etwas wie ein Frustschutzmittel und sie sorgt dafür, dass es die eigentliche Wirkung, die wir uns von der direkten Demokratie versprechen, dass sie dafür sorgt, dass die repräsentative Demokratie auch hält, was uns mit ihr versprochen ist, nämlich mehr Sachpolitik, weniger Machtpolitik. Aber die Bedingungen dafür, damit sich das einstellt, sind eben, dass die Hürden einigermaßen angemessen sind, also dieses Instrument über-

haupt genutzt werden kann und dass die Menschen ihre Bürgerrechte kennen. Und da haben wir, in Mitteldeutschland jedenfalls, enorme Defizite. Ich mach das mal an einem Beispiel auf: In Thüringen haben wir mit dem, was wir erreicht haben, seinerzeit, mit dem Volksbegehren für einen Einwohnerantrag gesorgt. In Thüringen: Einwohnerantrag, ist das Instrument, mit dem man dem Gemeinderat, Stadtrat, Kreisrat einfach nur ein Thema auf die Tagesordnung schiebt. In Thüringen reichen dafür 1 Prozent der Einwohnerschaft, maximal 300 Unterschriften. In Dresden brauchen Sie für das selbe Instrument 25.000 Unterschriften. Ich würde nie einer Bürgerin, einem Bürger in Dresden empfehlen, nutz doch mal dieses niedrigschwellige Instrument, um dich zu artikulieren. Die Leute wären bekloppt, wenn sie das machen würden. Ja, in Thüringen würde ich sagen, aber unbedingt! Ihr habt gar kein Argument, zu sagen, „Die da oben“, weil ihr habt wirklich wunderbare Instrumente, die kann euch niemand nehmen. Die können nicht zum Spielball von Politik werden. Diese direkte Demokratie, das sind verbindliche Instrumente, die sind so verlässlich wie das Wahlrecht.

#### **Malte Pieper**

Aber warum machen die Leute es dann nicht, wenn die Möglichkeiten doch so niedrig sind, wie Sie es gerade beschreiben?

#### **Ralf-Uwe Beck**

Wir merken, dass die Menschen diese Bürgerrechte gar nicht kennen. Ich habe gestern in der Staatskanzlei in Thüringen mit Menschen zusammengesessen, wo wir beraten haben, wie kann man dieses Defizit wettmachen? Wie kann man überhaupt informieren darüber, dass die Menschen die Bürgerrechte haben? Ich bin vor ein paar Jahren schon die staatlichen Stellen abgelaufen, habe gesagt, ‚Mensch, das ist doch eine staatliche Aufgabe, darüber zu informieren? Ach nee, eigentlich nicht. Macht ihr das!‘ Und dann überlässt man das so einem Verein wie unserem, über die Bürgerrechte zu informieren. Das reicht bei weitem nicht. Das ist das eine. Und das andere ist, man muss wirklich rangehen. Und man muss reformieren, wo da Hürden sind. Wenn

die Menschen sie nutzen würden, laufen sie vor die Frustwand. Das geht so nicht.

#### **Malte Pieper**

Aber die Möglichkeiten sind jetzt also da? Haben Sie denn auch den Eindruck, dass die Menschen sie nutzen wollen? Es ist ja viel einfacher, sich über „Die da oben“ zu beklagen, wie das passiert. Insbesondere, wenn es um Themen geht, die ja sehr weit weg sind. Das berühmte Heizungsgesetz. Das ist in Berlin, bis ich da mit einem Einwohnerantrag über meinen Gemeinderat in Hörsel irgendwie weitergekommen bin, sind ja schon alle Heizungen weg.

#### **Ralf-Uwe Beck**

Natürlich können Sie mit einem Bürgerbegehren oder Einwohnerantrag in der Kommune nicht bis zum Heizungsgesetz vordringen. Wir brauchen diese Formate von Bürgerbeteiligung und die direkte Demokratie auf allen politischen Ebenen. Und es ist die größte Demokratiebaustelle, die wir in Deutschland haben, dass wir zwar in allen Ländern mittlerweile – ist übrigens ein Impuls aus dem Herbst '89, der aus dem Osten kommt – haben wir die direkte Demokratie auf kommunaler und auf Landesebene, aber nicht auf Bundesebene. Und ich verstehe auch Bundespolitik nicht, die es doch langsam kapiert haben müsste, dass ich so etwas, wie ein Heizungsgesetz, was wirklich tief in den Alltag der Menschen eingreift, was auch verunsichert, warum ich das völlig ohne Bürgerbeteiligung durchziehe. Das kapiere ich nicht. Das haben wir bei der Corona-Pandemie schon erlebt. Da gab es aber Modelle. Baden-Württemberg hat angefangen und hat einen Bürgerrat organisiert, im Losverfahren, also Menschen ausgelost, die da zusammenkamen. Thüringen hat das nachgemacht und Sachsen, als drittes Land. Wir haben also diese Modelle. Es ist nicht so kompliziert, das zu machen. Ich kapiere nicht, warum man solche Projekte dann durchzieht, ohne das hinzubekommen.

#### **Malte Pieper**

Stefan, wenn du im Ostsächsischen unterwegs bist, wenn du da in der Kneipe stehst, wenn du dich da unterhältst, besteht der Wunsch danach, sich bei sowas wirklich einzubringen und mitzumachen?

### Stefan Kloss

Auf jeden Fall! Also bei all den Gesprächen, die man so hat, in der Bekanntschaft und im Kreis der Freunde, merkt man ganz deutlich, die Leute wollen sich beteiligen, die Leute wollen an diesen großen Themen mitbestimmen halt. Und das hängt auch ein bisschen mit der Geschichte zusammen. Wir wissen ja, nach 1989, gerade im Osten von Sachsen, da ist die Textilindustrie weggebrochen, die Glasindustrie. Die Leute mussten also einen völlig neuen Anpassungsprozess vollziehen, für ihr eigenes Leben. Die Leute sind geflüchtet aus Ostsachsen vor der Arbeitslosigkeit. Die Jugendlichen sind weggegangen, weil sie eine Ausbildung im Westen bekommen haben. Die Leute mussten sich neu orientieren, die Dagebliebenen, haben neue Berufe erlernt und sich umorientiert. Das heißt, sie haben ein sehr großes Interesse an Transformationsprozessen. Sie sind kritisch und skeptisch und wollen natürlich jetzt, auch jetzt in dieser Zeit, beteiligt werden, an den Prozessen, die in Berlin momentan stattfinden.

### Malte Pieper

Also ist deine Interpretation die: Das Kreuz bei der AfD und bei Extremisten zu machen, ist ein Ausdruck davon, dass der Frust nicht kanalisiert wird?

### Stefan Kloss

Naja, ich sehe es so, dass die Leute nach alternativen Politikangeboten suchen. Und ich habe mir mal so die Wahlverläufe der vergangenen Jahre angeschaut. Also muss man sagen, nach der Wiedervereinigung, hatte Sachsen mit bei der Landtagswahl 1990 mit 72% eine sehr hohe Wahlbeteiligung. Und die war dann 2014 auf einem Tiefpunkt, mit knapp 50%. Und bei der Landtagswahl 2019, wo die AfD dann einzog, war die Wahlbeteiligung wieder auf dem zweithöchsten Stand, seit 1990, nämlich bei 66%. Das heißt, die Leute wollen teilhaben und wollen auch die Parteien wählen, oder Vereinigungen, von denen sie denken, dass sozusagen die Angebote besser sind.

### Malte Pieper

Gehen Sie da mit, Herr Beck? Also die AfD als Angebot, die Menschen ins System zurückzuholen?

### Ralf-Uwe Beck

Nein, also das ist mir zu steil. Also jetzt noch dankbar zu sein, bei der AfD, dass die Beteiligung gestiegen ist. Also darauf kann man nicht vertrauen. Wir müssen uns auch Sachen ausdenken, Mechanismen, Instrumente, wie wir die Wahlbeteiligung steigern können. Wir haben ein ganzes Programm aufgelegt in Thüringen und kämpfen da seit fünf Jahren dafür, dass man bspw. das Kommunalwahlrecht modernisiert. Wir haben eine Petition gestartet, an den Thüringer Landtag. Die war erfolgreich. Wir haben eine Anhörung gehabt, im Petitionsausschuss, Instrumente bereitzustellen einfach, die die Kommunen dann nutzen können, für Kommunalwahlen, um eine höhere Wahlbeteiligung hinzubekommen.

13:07

### Malte Pieper

Das Problem ist, und bleiben wir bei den Parteien, die Bindekraft. Die lässt ja in ganz Deutschland trotzdem immer mehr nach. Im Osten kommt erschwerend hinzu, dass die Parteien es nach 1990 nie geschafft haben, wirklich in der Breite anzukommen. Also am ehesten vielleicht noch die CDU in Sachsen und Thüringen. Aber selbst die blieb ja weit unter der Verankerung der CSU in Bayern oder der SPD im Ruhrgebiet. Und neu ist jetzt allerdings, nach meiner Beobachtung, dass was Anderes hinzukommt. Also der Trend trifft jetzt auch auf kommunaler Ebene die sehr erfolgreichen Wählergemeinschaften. Denen geben zwar weiter viele ihre Stimme, aber wirklich mitmachen, wirklich sich engagieren, das lässt ganz offenbar auch selbst hier nach. Hören wir mal Ulrich Kurz, den Bürgermeister der Dreieinhalbtausend-Einwohner-Stadt Steinach, im Thüringer Landkreis Sonneberg, der angesprochen, auf die Erfolge der AfD Folgendes antwortete:

*„Also in Steinach selbst, gibt es eigentlich keine großartigen Aktivitäten von Ortsgruppen der Parteien mehr. Wir haben so eine parteiunabhängige Wählergruppe, aus der ich auch hervorgegangen bin, als Bürgermeister, die aber auch in ihren Aktivitäten, die anfänglich gut waren, stark nachgelassen hat, weil irgendwie die Akteure älter geworden sind, ausgeschieden sind. Und so passiert wenig.“*

Herr Beck, helfen Sie mir, wenn ich mir das anhöre, dass selbst in diesen sehr erfolgreichen Wählergemeinschaften es schwerer ist, Leute zu finden, die sich noch in einen Gemeinderat oder in einen Kreistag setzen, sind wir dann langsam bei einer schweren Krise unseres Systems angekommen? Werden wir immer weniger Leute finden, die da in der repräsentativen Demokratie mitmachen wollen?

### Ralf-Uwe Beck

Ach, das würde ich so nicht beschreiben. Wir haben krisenhafte Situationen, in der Tat. Wir haben Vertrauensverlust, den Menschen auch spüren, die dann gegebenenfalls bereit wären, in Verantwortung zu gehen. Die Untersuchungen zeigen ja auch, dass die Unterschiede innerhalb der Gesellschaft, die wir haben – also Stichwort gespaltene Gesellschaft – gar nicht so groß sind. Aber die Unterschiede, die die Bevölkerung wahrnimmt, gegenüber denen, die in politischer Verantwortung sind, sind viel größer. Und das spüren natürlich auch die, die in so eine Verantwortung gehen. Sie werden angefochten, sie müssen dauernd ihre Arbeit, ihre Positionen verteidigen, auch die politischen Prozesse, die notwendig sind, um zu Entscheidungen zu kommen. Das, was heilsam wäre, dass man viel kritischer, auch von Parteienseite her, viel kritischer mit den Ritualen umgeht, die es da gibt. Ja, also, das ist ja wirklich zu beklagen auch, dass man sagt, und das erleben wir ja in den Parlamenten auch dauernd, das Argument des politischen Gegners zählt schon deshalb nicht, weil es vom politischen Gegner kommt. Das ist das, was die Menschen auch wahrnehmen und wovon sie wirklich die Nase gestrichen voll haben. Also die Menschen wollen die Auseinandersetzung. Ich glaube, das ist gar nicht die Scheu, wahrzunehmen, dass das argumentative Pendel von der einen bis auf die andere Seite ausschlägt, aber sich nicht ernsthaft auseinanderzusetzen und den Diskurs und die Debatte zu verlernen... Da habe ich manchmal das Gefühl, dass die Gewählten das uns vormachen, auf ganz unselige Weise.

### Stefan Kloss

Ich möchte mal hier was aufgreifen, Herr Beck: Sie hatten schon gesagt, die Leute wollen von der Bittstellerrolle in die Gestalterrolle. Und jetzt reden wir mal von einer Kommunalebene,

und ich kann da nur zustimmen, weil ich erlebe, dass hier in Sachsen ganz deutlich – wir hatten ja 2019 die letzte Kommunalwahl und die hatte eine sehr hohe Wahlbeteiligung mit 63%. Und gewonnen, also auf Platz eins waren die Freien Wählervereinigungen, die heißen ja in jedem Dorf, in jeder Gemeinde anders. Bürger für..., Initiative für... Und die waren auf Platz eins. Das heißt, die Leute wollen auf kommunaler Ebene mitbestimmen, die wollen gestalten, die wollen in der Gemeinde mitbestimmen, was da passiert, ob die Schule gebaut wird usw. Das finde ich eigentlich sehr interessant. Demgegenüber steht natürlich auch, finde ich, so eine gewisse Reformmüdigkeit. Das entdeckt man überall, wenn es um die großen Sachen geht. Aber bei den kleinen Sachen finde ich sehr interessant, dass bei den Kommunalwahlen die Leute immer gesagt haben, wir wollen auf unserer Ebene, was wir verändern können, da sind wir dabei, da machen wir bei der Initiative mit.

17:22

### Malte Pieper

Aber warum hören sie denn auf der Ebene drüber auf, sich in den Parteien zu engagieren? Vielleicht könnte man so eine Idee bekommen, ich nehme noch einmal eine Meinung unserer Hörer dazu: Herr B. aus dem Landkreis Sonneberg hat uns geschrieben:

*„Bei der letzten Bundestagswahl habe ich grün gewählt, auch weil sie Waffenlieferungen in Krisenregionen verbieten wollten. Danach musste ich feststellen, dass die Partei, die ich gewählt habe, am lautesten Waffenlieferungen forderte. Ich verstehe, dass man der Ukraine helfen muss, aber so schnell die Meinung zu ändern, das verstört mich sehr. Anderes Beispiel: Die Linke wollte in Thüringen Neuwahlen, die CDU wollte sie auch. Aus Angst, ihre Posten zu verlieren, wurde das nicht durchgesetzt. Was und wem soll ich denn da noch glauben? Ich habe keine AfD gewählt und werde diese auch nicht wählen, ich habe nämlich ihr Wahlprogramm gelesen, aber alle anderen großen Parteien sind auch nicht wählbar.“*

Also landen wir am Ende bei einer Parteienkrise, Herr Beck?

### Ralf-Uwe Beck

Ja, das ist ja das, was ich eben schon angesprochen habe. Also das ist ja das interessante Phänomen, das sich auf kommunaler Ebene, in den kommunalen Parlamenten, naja Parlamente sind es ja nicht, aber in den Gemeindevertretungen, die Parteienlandschaft gar nicht so widerspiegelt, sondern die sozusagen aufgeht und neue Bündnisse entstehen und man auch auf der kommunalen Ebene, auch über Parteigrenzen viel intensiver zusammenarbeitet. Da haben wir nicht so eine harte, abgegrenzte Parteienlandschaft, wie wir das auf Landes- oder auf Bundesebene haben. Insofern lässt sich das schon einüben. Aber die Frage warum geht das, was auf kommunaler Ebene passiert, dieser Austausch, der da funktioniert und dann gegebenenfalls wirklich eben an einem Strang zu ziehen und Dinge durchzusetzen und für die Menschen zu bewegen? Auf Landesebene, jetzt komme ich wieder auf die direkte Demokratie zu sprechen, haben wir keine guten Bedingungen, in keinem der ostdeutschen Länder. Wir haben in Sachsen für Volksbegehren die höchste Hürde in ganz Deutschland. In Sachsen müssen fast 14% aller Wahlberechtigten für ein erfolgreiches Volksbegehren unterschreiben. Da haben wir Jahre, wo es zwei Initiativen gibt. Die sagen: Ja, wir würden hier gern was voranbringen. In Sachen Bildungspolitik habe ich Initiativen in Sachsen kennengelernt, oder was Klimaschutz angeht, oder was auch immer, ja. Aber die Hürden sind so hoch, dass es komplett entmutigt. Also funktioniert nicht. Und interessant ist, in Sachsen gibt es einen Verfassungsausschuss, der arbeitet seit Beginn dieser Legislaturperiode, steht auch im Koalitionsvertrag der Auftrag, arbeitet er an einer Verfassungsreform. Jetzt haben wir noch ein Jahr Zeit in dieser Legislaturperiode und wenn man die Unken rufen hört, dann heißt es, diese Reform wird mit aller Wahrscheinlichkeit so nicht zustande kommen. Und da frage ich mich dann auch, da wird im Parlament gearbeitet, da wird über Parteigrenzen hinweg gearbeitet, da wird eine Verfassungsreform konzipiert, wo die Menschen doch, wenn die das beobachten, sagen, okay, die sitzen da für unsere Interessen zusammen. Was kommt unterm Strich raus? Gegebenenfalls gar nichts. Da können wir nur sagen, bitte reißt euch am Riemen und guckt einfach, dass

ihr das hinkriegt. In Thüringen haben wir eine ganz ähnliche Situation. Da ist einfach Verweigerung von der einen mit der anderen Seite zusammenzuarbeiten, um die Dinge zu bewegen. Und das ist das, was die Menschen merken. Und dann sind sie enttäuscht, und auf der Landesebene fällt es nun wirklich schwer, die Sachen selbst in die Hand zu nehmen. Alle Lust hätte ich ja, aber die Hürden sind einfach auch wahnsinnig hoch, dafür.

### Stefan Kloss

Das kann ich bestätigen, auch aus Gesprächen, wenn man draußen ist, als Reporter. Aber selbst mit der S-Bahn, wenn man durch die Gegend fährt, da entwickeln sich ja auch sehr interessante Gespräche, wenn die Leute erfahren, dass man Journalist ist. Also man entdeckt auch eine gewisse Resignation. Und ich hatte ja schon erwähnt das Wort Reformmüdigkeit in Sachsen, bei den Leuten. Auf der kommunalen Ebene klappt das, dort wissen die Leute, sie können was bewegen. Aber sobald es höher geht, wie Sie gerade erwähnten, Herr Beck, Landespolitik, dann werden die Positionen unversöhnlicher, die Kooperation wird schwieriger, und ich habe wirklich das Gefühl, dass da die Leute resignieren. Und dann wählen die eben plötzlich, nachdem eben die Parteien, die etablierten Parteien, viele Versprechungen gemacht haben und Dinge, aber die nicht sich wirklich materialisieren, oder keine Verbesserung eintreten, dann wählen die eben, wie es immer so schön heißt, aus Frust oder aus Wut eben eine andere Partei, in dem Fall die AfD. Und man kann es ihnen vielleicht teilweise nicht verdenken, würden die einen sagen, aber es ist nun mal die freie Entscheidung der Wähler.

### Ralf-Uwe Beck

Und da haben wir Vorschläge gemacht, bspw. ich habe das ja vorhin schon mal angedeutet, Vorschläge gemacht, fürs Kommunalwahlrecht. Wir haben ausgearbeitet, vor fünf Jahren schon, gesagt, Mensch, es braucht im Kommunalwahlrecht eine Experimentierklausel, die baut man da ein und dann definiert man Instrumente, die die Kommunen bei ihren Wahlen, Bürgermeister-, Landrats-, Gemeinderatswahlen nutzen können, bspw., dass man bei ei-

ner Wahl die Möglichkeit hat, eine Proteststimme abzugeben, was quasi eine Stimmenthaltung wäre. Also wir stellen uns eben neben dem Kästchen, wo man Kreuze machen kann, zu den Parteien und den Kandidatinnen und Kandidaten bspw. drei Kästchen vor und da steht dann: Ich finde unter den Parteien niemanden. Ich finde unter den Kandidatinnen und Kandidaten niemanden. Ich will mich enthalten. Das gibt es in anderen Ländern. Das könnte man am Wahlabend auch auszählen und könnte sagen, gut, das ist eine Wählerschaft, die ist komplett unzufrieden. Das wäre ein Angebot, dass die da nicht extrem wählen müssen. Und noch ganz deutlich muss man unterstreichen, die AfD ist eine rechtsextremistische Partei. Wer sie wählt, überschreitet da auch rote Linien. Aber man muss den Wählerinnen und Wählern eben auch ein Angebot machen. Wir haben das ausgearbeitet. Wir haben noch eine Petition gemacht, die war erfolgreich, es gab eine Anhörung, und Rot-Rot-Grün hat in Thüringen jetzt einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, solche Instrumente verbindlich sogar ins Kommunalwahlrecht reinzuschreiben. Also diese Proteststürme, aber auch die automatische Versendung der Briefwahlunterlagen, an alle Stimmberechtigten, steigern die Wahlbeteiligung um 10% bis 15%, wir wissen das aus Beispielen in Bayern und Baden-Württemberg, und noch andere Instrumente. Aber auf den letzten Metern, so wie wir jetzt gehört haben, hat sich die SPD wieder zurückgezogen. Und das Gesetz wird jetzt nicht in den Landtag eingebracht. Also fünf Jahre haben wir das Projekt begleitet und jetzt, wenn es auf die Zielgerade geht, passiert wieder gar nichts. Da bin auch ich frustriert.

23:38

### Malte Pieper

Ich zitiere noch einmal aus der Post, noch mal von Herrn H. aus Leipzig, der eine sehr lange, sehr interessante Mail geschrieben hat. Also Herr H. schreibt:

*„Eine Politik, die den fleißigen Steuerzahlern der breiten Mitte nichts als Zumutung verkaufen kann, sich um jeden Sinti und Roma, jede Randgruppe und jeden Asylsuchenden mehr zu kümmern scheint, als um die Interessen der ureigenen Mehrheit der Bevölkerung, der darf*

*sich eigentlich nicht wundern, dass immer mehr ihr Heil in einfachen und klaren Strukturen suchen, einfach weil sie es offenkundig regelrecht satt haben, sich vorschreiben zu lassen, wie sie zu heizen, zu sprechen, sich fortbewegen oder was auch immer an Verboten und Geboten dem mündigen Bürger anempfohlen wird.“*

Das schrieb also Herr H.. Jetzt hebt Herr H. ja vor allen Dingen auf das gefühlte Bild der Politik ab, also was am Ende bei mir ankommt, gar nicht das, was wirklich gemeint ist oder z. T. wirklich gemacht wird, sondern einfach nur, wie es empfunden wird. Ist es heute noch, in Zeiten von Social Media und sich selbst verwirklichenden Meinungsräumen und Meinungsspiralen ein viel größeres Problem, als es noch vor 20 Jahren war?

### Ralf-Uwe Beck

Ja, das ist es absolut. Und ich denke, dass – kommen wir ruhig auf die AfD zu sprechen – die AfD daran einen erheblichen Anteil hat, und einen Vorteil ganz offensichtlich auch, an diesen gefühlten Wahrnehmungen. Die AfD schürt Ressentiments, Vorurteile, sie konstruiert Notstände, wo keine sind, bspw. Massmigration, Untergang des Abendlandes, die Eliten, die alles plattmachen, das Volk, das in Gefahr ist, was man empirisch gar nicht auffinden kann. Aber die heile Welt, die es vielleicht geben könnte, die wir so jedenfalls nicht wieder erleben werden, die Leugnung der Klimakrise und all dieses. Und die lebt davon, die AfD. Das ist das, was sie konzeptionell macht. Und bietet sich dann als letzte Rettung an. Und da muss man auch deutlich sagen: Bullshit, Leute. An der Stelle verarscht euch die AfD einfach auch und saugt daraus den Honig. Also, da heißt es einfach, dem nicht zu folgen. Wir müssen aber unterscheiden, von den tatsächlichen Notständen, die es gibt. Und da gibt es ein starkes Gefälle, immer noch, bspw. von Ost nach West. Wir haben eine soziale Ungerechtigkeit. Wir haben die Aufgabe, an die Politik und die Parteien, dem gegenzusteuern. Schauen wir uns aber an, wie die Schere zwischen Arm und Reich aufgegangen ist, dann war das vielleicht irgendwann mal eine Haushaltsschere. Jetzt ist das eine Heckenschere. Und zwar während der Finanzkrise und auch

bei Corona haben die, die wenig hatten, unterm Strich noch weniger. Und die, die viel hatten, haben noch mehr. Darin steckt doch eine Aufgabe. Und wenn ich dann auch diese Ampel-Regierung sehe, die da zwar eine ganze Menge Soziales unternimmt, um in diese Schere reinzugehen, aber eine stärkere Besteuerung von denen, die sich das leisten können, mehr an den Staat abzugeben, komplett verweigert, dann haben wir hier an dieser Stelle ein Problem. Also die Aufgabe heißt einfach wirklich, sich die Notstände anzugucken, aber, und das ist eine Aufgabe für uns alle, empfundene, nur gefühlte Notstände zu entlarven. Und das ist in Verantwortung der AfD. Das ist das, was sie macht. Das müssen wir durchschauen lernen. Und da, wo es gegen andere Menschen geht, wo es um Menschenrechte geht, um Grundrechte geht, eben auch absolut deutlich zu widersprechen. Da habe ich kein Verständnis. Ich habe kein Verständnis dafür, dass eine rechtsextreme Partei gewählt wird, aber ich habe Verständnis dafür, dass Menschen eben tatsächliche soziale Notstände empfinden. Und ich habe auch Verständnis dafür, dass man das an die Politik adressiert und sagt: Bitte, da muss euch was einfallen. Das ist euer Job.

### **Stefan Kloss**

Ich denke, es ist so: Man muss auch bisschen vorsichtig sein, finde ich manchmal. Also es laufen hier in unserer Gesellschaft einige Dinge wirklich nicht rund. Also die Probleme sind ja bei den Bürgern unten angekommen. Das muss man ja wirklich sagen. Also die Leute haben ja einfach heute auch weniger in der Tasche. Die Leute haben Zukunftsangst usw., aus verschiedensten Gründen. Ich denke, es ist nicht gut, das ist so meine subjektive Sicht, alles auf diese eine Partei sozusagen zu projizieren, so nach dem Motto, weil die da ist und die sagt, das ist so und so, deswegen ist alles schlecht. Ich denke, man muss das immer auch im Kontext sehen. Nur mal ein Beispiel: Also ich habe gestern erfahren, von einer jungen Familie, beide Eltern sind berufstätig, die fahren dieses Jahr nicht in den Urlaub. Das Geld reicht nicht, mit zwei Kindern. Beide berufstätig, die Frau ist Teilzeit. Das sind so, man sagt, das sind ganz konkrete Beispiele. Und die fragen sich, tja, wer bietet mir jetzt die Lösung

an? Wie geht es weiter am Leben? Wann kann ich mal mit meinen Kindern wieder in den Urlaub fahren? Und so sind die Probleme inzwischen bei jedem, denke ich, in unserer Gesellschaft angekommen. Und klar, dann gibt es eben die Politikangebote und die anderen Politikangebote. Die Leute haben schon eine sehr hohe Lebens- und Alltagsintelligenz, also die denken sich dabei, was sie sagen und auch, wie sie wählen oder wie sie leben. Und ich denke, wir müssen sie dort abholen, bei den Problemen, die sie benennen. Und die muss man ernst nehmen. Die Leute muss man ernst nehmen und genau zuhören und sagen, okay, ich kümmere mich darum, oder wo kann ich sie unterstützen?

### **Ralf-Uwe Beck**

Und diese Alltags- und Betroffenheitskompetenz muss viel stärker in politische Entscheidungen einfließen. Jedenfalls im Vorfeld. Also das ist ja das, wo ich bei Corona-Pandemie richtig hätte schreien können ‚Das ist doch irre!‘. Ja, warum denkt ihr euch nicht Dinge aus, wo man diese Menschen zusammenholt? Und wir haben Beteiligungsformate. Wir haben jetzt die Konjunktur der gelosten Bürgerräte bspw. Ich habe ja schon gesagt, es gab drei Beispiele: Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen. Aber warum wird diese Alltags- und Betroffenheitskompetenz nicht abgerufen? Und es würde ein völlig anderes Bild von Politik ergeben, wenn dann solche Gremien, die da einberufen werden, wenn sich dann da eine Sprecherin, ein Sprecher neben die Politik vor das Mikro stellt und sagt, ‚Wir haben hier unsere Position vorgebracht. Wir haben das ausgearbeitet auf der Faktenbasis. Wir empfehlen Folgendes...‘. Und dann hat man tatsächlich eine Diskursübung und nimmt sich noch einmal ganz anders wahr. Solche Dinge brauchen wir einfach.

### **Stefan Kloss**

Ja, da stimme ich zu.

30:01

### **Malte Pieper**

Ich mache jetzt aber noch mal einen Schwenk zurück zur Diskussion und zur Krise, oder den Themen, die im Moment immer wieder aufploppen: Und das war in den letzten Wochen



noch viel mehr. Man hört nämlich dann immer, was läuft falsch. Das hörte man jetzt auch in den Umfragen aus dem Kreis Sonneberg vor der Wahl. In der Berichterstattung hörte man jetzt aus Raguhn-Jeßnitz, als dort gewählt wurde. Und dann kommt immer wieder der Satz: ‚Die vielen Flüchtlinge sind es, die zu uns kommen. Das sind zu viele‘. Ich zitiere mal aus der Mail von Herrn B. aus Halle an uns, an [wahlkreis-ost@mdr.de](mailto:wahlkreis-ost@mdr.de):

*„Die Migration ist die Mutter aller Krisen. Es gibt die SPD, die Grünen, die Linken, die pro Einwanderung sind. Dann sind da noch CDU und FDP, die sind es letztlich auch. Und dann gibt es die AfD, die dagegen ist. Und da die Massen-Immigration von vor allem muslimischen Männern weltweit keine Erfolgsgeschichte ist, wollen die meisten Bürger eine Fortführung dieser Politik eben nicht. Das ist übrigens europaweit so.“* Und dann schreibt Herr B. unten drunter in Klammern: *„Diese Schlussfolgerung treffe ich lediglich aus der Beobachtung meiner Mitmenschen, sie stellen nicht meine eigene Meinung dar.“*

Herr Beck, Sie haben kürzlich erst gemeinsam mit dem früheren Bundesumweltminister und ehemaligen Exekutivdirektor des Umweltprogramms der UNO, mit Klaus Töpfer, ein Buch zum Thema Flucht herausgegeben. Wenn Sie das hören, diese Argumentation aus Halle, diese Beobachtung, was macht das mit Ihnen?

#### **Ralf-Uwe Beck**

Da kann ich nur sagen, vielen Dank, für das Material. Und jetzt sortieren wir das mal, wie das aus meiner Sicht zusammenzubauen ist. Also, wenn es eine Krise der Krisen gibt, dann ist es die Klimakrise. Weil diese Klimakrise verstärkt alle Krisen, unter denen Menschen heute leiden. Und bitte, den Blick auf die ganze Welt gerichtet. Da haben wir den Hunger, wir haben Wassermangel, wir haben Naturkatastrophen, wir haben Krisen und Konflikte, und wir haben auch Fluchtbewegung. Und das wird durch die Klimakrise verstärkt. Die Weltbank - die ist ja nun wirklich nicht verdächtig, irgendwie linksgrünversifft zu sein - geht davon aus, dass wir 2050 200 Millionen Klimaflüchtlinge haben. Und jetzt schauen wir mal an, wo die Klimakrise herkommt. Sie kommt nämlich nicht

von denen, die da in die Flucht getrieben werden. Wir haben heute Inselstaaten im Pazifik, wo die Menschen schon längst auf der Suche sind, nach neuen Heimat, weil diese Inseln überflutet werden. Wir haben Situationen in Pakistan, wo wir so Hitzetage haben, mit über 50 Grad, dass die Menschen dort nicht mehr leben können. Sie müssen ihre Heimat verlassen. Wir haben Dürren, wir haben Überschwemmung usw., wir kennen das alles. Wir haben es jeden Tag in den Nachrichten. Nur die Menschen, die das zu erleiden haben, die Habenichtse und die Hungerleider dieser Welt, sind dafür nicht verantwortlich, sondern die Verantwortung liegt bei uns. Und die Flüchtlinge sind Boten des Unheils, die uns diese Welt ins Haus tragen. Es gab 1995, ich habe noch beim BUND gearbeitet, damals bei der ersten Klimakonferenz in Berlin, eine Pressekonferenz mit den kleinen Inselstaaten im Pazifik. Und ich werde nicht vergessen, dass die gesagt haben, wenn das so weitergeht mit der Klimakrise, dann werden wir irgendwann mit nassen Füßen in euren Wohnzimmern stehen. Und genau da sind wir jetzt. Es ist ungebrochen so weitergegangen. Wir wussten genau, in welches Desaster wir hineingehen, und dieses Desaster haben wir jetzt. Was wir mit dem Buch wollten, war - und vor dem Buch steht eine Aktion. Seit 2015, seit 1 Million Menschen zu uns gekommen sind, haben wir gesagt: Okay, wir nehmen wahr, es gab eine Willkommenskultur. Das ist dann umgeschwenkt in Abwehr. Und wir haben eine Politik erlebt, die sich nur noch daran orientiert hat, wie können wir die Zahlen der Flüchtlinge, die es nach Deutschland schaffen, senken? Haben wir gesagt, das ist die falsche Aufgabe. Wir müssen gucken, was können wir tun, um Fluchtursachen zu bekämpfen? Und wir müssen auch schauen, was haben wir, in den reichen Ländern, auch wir in Deutschland, mit diesen Fluchtursachen zu tun? Und wenn wir das rausgekriegt haben, dann dürfen wir vor dieser Verantwortung nicht fliehen. Wir haben da eine Verantwortung.

#### **Malte Pieper**

Aber Herr Beck, ich sehe gerade das Bild vor mir. Sie stehen in Bautzen oder in Mansfeld auf dem Marktplatz und sagen den Leuten ‚Naja, ihr habt euch seit 25 Jahren nicht ums Klima

gekümmert, jetzt müssen eurer Kinder damit leben, dass die Turnhalle durch die Flüchtlinge belegt ist, oder dass wir schon kaum mehr wissen, wo wir die Menschen unterbringen können.‘. Dann sagen die doch, ‚Naja, Pfarrer aus Eisenach, danke für den Hinweis, aber das Problem ist ja jetzt da, und wir müssen es jetzt lösen. Und wir sind jetzt sauer.‘

### **Ralf-Uwe Beck**

Richtig, also so wie die EU das Problem löst, mit diesem EU-Asyl-Kompromiss, für den kann ich mich nur schämen, weil Deutschland da in Brüssel auch die Hand gehoben hat. Ich finde, das ist überhaupt kein Weg, am Ende Europa zur Festung zu machen und sich abzuschotten. Aber es gibt Modelle. Schauen wir mal kurz auf Jordanien. Ich habe das Land besucht. Ich war dort. Ich habe Flüchtlingslager gesehen in Jordanien. Die jordanische Bevölkerung ist um 10% gewachsen seit dem Syrien-Krieg. Übertragen wir das auf Deutschland, würde das bedeuten, dass 8 Millionen Syrerinnen und Syrer hierhergekommen wären. Und in Jordanien hört man viel weniger von Ausländerfeindlichkeit als bei uns. Woran liegt das? Es gibt vom jordanischen Staat einfach die Festlegung, alle, die in diesem Land Flüchtlingen helfen wollen, müssen genauso viel ausgeben für die einheimische Bevölkerung. Also, wenn dort Geld verteilt wird, an Flüchtlinge, muss man den Einheimischen genau so viel Geld geben. Wenn für Flüchtlinge eine Schule gebaut wird, muss man den Einheimischen auch eine Schule bauen, oder eine für beide gemeinsam. Und jetzt übertragen wir das mal auf Europa. Also ich wünschte mir eine Politik, die einfach kreativ und ideenreich ist, anstatt die Menschenrechtsverletzungen, die wir jetzt schon jede Nacht an den EU-Außengrenzen haben, dann zum Programm zu erklären. Lager zu bauen, in denen Menschen inhaftiert werden, sortiert und aussortiert werden. Sondern es bräuchte z. B. einen europäischen Fond. Dann schaut man, welche Kommunen sind bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Die Kosten werden aus diesem Fond finanziert, und an die Kommune geht genauso viel Geld noch mal, um die Probleme, die die Kommune jetzt hat, im Blick auf die einheimische Bevölkerung, um da zu helfen. Und dann wird es nämlich heißen: Okay,

endlich konnten wir unseren Kindergarten sanieren und die Schule, weil wir auch Flüchtlingen helfen. Und wir würden dann in eine völlig andere Kultur einsteigen, als das, was wir momentan erleben. Und das würde ich mir auch trauen, auf dem Marktplatz von Bautzen mit den Menschen zu diskutieren.

### **Malte Pieper**

Also jetzt ist der Kernvorwurf, man macht es sich auf vielen Ebenen wieder viel zu leicht, einen schlanken Fuß?

### **Ralf-Uwe Beck**

Richtig ja, also man drückt sich auch – wir haben ja eben über Werte geredet, wir haben die europäischen Werte. Die sind definiert im Artikel zwei des europäischen Vertrages. Da finden wir die Menschenwürde, wir finden die Menschenrechte usw. Aber wir erleben, dass an den EU-Außengrenzen, das ist mittlerweile, was passiert, jede Nacht an der bosnisch-kroatischen Grenze, an der polnisch-belarussischen Grenze, werden Flüchtlinge, die den Versuch unternehmen, in die EU zu gelangen, um dort einen Asyl-Antrag zu stellen, die werden bestohlen, die werden verprügelt, die werden zurückgeschleppt, und zwar von Polizeikräften von Mitgliedsstaaten der EU. Das sind gravierende Menschenrechtsverletzungen, und die EU könnte das abstellen. Sie tut es aber nicht. Sie lebt davon, dass es diese negativen Bilder gibt, und setzt darauf, dass das am Ende Flüchtlinge abhält. Aber damit, und da sage ich, das ist genauso eine rote Linie, wo man einfach sagen muss, das geht so nicht, das ist nicht die EU, die durchhält. Wenn sie ihre Werte aufgibt, verliert sie. Da muss uns etwas einfallen. Das muss aufhören. Ich rege mich immer so auf, dass ich dann den Faden verliere. Ich finde eben, das ist etwas, das wirklich abgestellt werden muss. Das Mittelmeer muss nicht der Friedhof Europas sein.

### **Stefan Kloss**

Ich will nur dazu sagen, Herr Beck, ich war auch mehrfach in Jordanien, auch gerade nach Beginn des Bürgerkriegs in Syrien und das war damals schon eine sehr dramatische Situation. Also die Flüchtlinge aus Syrien strömten ja zu Hunderttausenden nach Jordanien, und das

hat wirklich auch die Infrastruktur massiv überfordert, dort. Und es hat sehr lange gedauert, ehe man dort Konzepte gefunden hat. Und Jordanien ist ja auch ein wasserarmes Land. Dort die Flüchtlinge zu versorgen, also das war ein sehr zäher Prozess. Und ich denke, es ist alles nicht so einfach vor Ort. Dazu kommt aber auch, dass man sich dort natürlich aufgrund der sprachlichen Gegebenheiten sehr gut verständigen kann. Und auch, dass es dort auch enge familiäre verwandtschaftliche Beziehungen gibt. Man kennt sich halt. Man hat sich gegenseitig geholfen. Ich hatte aber auch unten den Eindruck, dass die Einheimischen die syrischen Flüchtlinge auch schon teilweise argwöhnisch, sag ich mal, betrachtet haben, oder beobachtet haben, weil also so ganz geheuer war es einigen Jordaniern nicht. Aber das ist jetzt meine subjektive, sage ich mal, Sichtweise. Insgesamt hat die Regierung dort, die jordanische Regierung, doch schon ganz schön sich ins Zeug gelegt, um den syrischen Flüchtlingen zu helfen. Da hätte ich mir übrigens mehr Engagement von Europa gewünscht, muss ich ganz ehrlich sagen, weil ich habe die Lager dort gesehen, die es gab. Es gab Anstrengungen, aber viele sind auch von dort geflohen, syrische Flüchtlinge nach Europa, dann, weil sie in den Lagern keine Zukunft gesehen haben, auch speziell für ihre Kinder. Gerade was auch die Bildung angeht.

#### **Ralf-Uwe Beck**

Wie will man in so einem Lager wie Zaatari – ich weiß nicht, wo sie gewesen sind.

#### **Stefan Kloss**

Zaatari, genau.

#### **Ralf-Uwe Beck**

Wie will man da eine Zukunft für die Kinder sehen? Da leben über 80.000 Menschen in Zelten, in Containern, die Infrastruktur war eine Katastrophe, bis hin zum Abwasser, bspw., da gab es überhaupt keine Möglichkeiten. Wasser war dann da, Strom war da, okay, ja, und man hat dort natürlich heute auch Kindergärten, man hat Schulen, man hat medizinische Einrichtungen. Das waren natürlich alles Zerreißproben für Jordanien, für den Libanon bspw. Wahnsinn, ja, also was die Länder da geleistet haben. Natürlich hätte Europa da viel mehr

machen können. Und wir haben über Jahre, hätten wir an dem Syrien-Krieg entlang uns natürlich kümmern müssen, um Resettlement-Programme, also humanitäre Visa. Wie kriegen wir Flüchtlinge auf sicheren Wegen in Länder, die sie dann aufnehmen und wo die sich sicher fühlen können? Wir haben solche vorbildlichen Programme, z. T. jetzt in Deutschland, wie das sogenannte NesT-Programm, also, dass es Initiativen geben darf, die sich um Flüchtlinge kümmern. Und die UNO sucht die Flüchtlinge in solchen Lagern aus. Die es am nötigsten haben, Familien mit Kindern und Kranke auch und die dann auf sicherem Weg hierher gebracht werden. Aber das ist alles am Anfang, das muss man natürlich hochfahren. Und was wir draufhaben, nur, um das auch positiv zu sagen, ist der Umgang mit den Flüchtlingen aus der Ukraine. Diese Solidarität in Europa und diese Übung, die da geleistet worden ist, die ist wirklich beispielhaft und zeigt auch, was die Zivilgesellschaft leistet, was die Kommunen leisten und das ist besser organisiert, als wenn man das an zentrale Behörden gibt. Da gibt es eine Menge Beispiele dafür, dass das wunderbar funktioniert hat. Aber, und das ist die Gefahr, in der wir leben, und da geben wir die Werte dann wieder auf, wir machen eben mehrere Klassen auf. Das sind die Flüchtlinge aus der Ukraine. Die sind willkommen, die sind unserer Kultur näher und alle anderen dann eher nicht. Das entspricht nicht meinem Menschenbild.

41:39

#### **Malte Pieper**

Machen wir den Sack mal zu, oder versuchen es mal und kommen wieder zur Ausgangslage zurück, dann ziehe ich für mich so das Resümee. Wir haben jetzt mehrere Bereiche aufgedeckt, wo wir alle so das Gefühl haben, ich sage es jetzt mal plakativ, da macht sich die Politik einen schlanken Fuß. Jetzt sind wir die Politik natürlich alle selbst. Also das Problem mit den Flüchtlingen kennen wir. Spätestens seit 2015 war das ja für alle sichtbar, dass man sich was überlegen muss, auch wie man mit den Herkunftsländern umgeht, welche Möglichkeiten man da schafft. Man kommt gefühlt nur in Trippelschritten voran. Wir haben über die soziale Flanke gesprochen, über die Schere, die

geföhlt immer weiter auseinandergeht. Wir haben über Menschen gesprochen, insbesondere in den Randregionen, die fernab der boomenden Städte Leipzig, Dresden, Jena, Halle, Erfurt usw. wohnen. Fasse ich Sie richtig zusammen, Herr Beck, wenn Sie sagen ‚Naja, also, die Politik kann häufig schon mal einen kleinen Tritt in den Hintern gebrauchen. Und das machen wir am besten, indem wir ihr mit direkter Demokratie unter den Arm greifen?‘.

### **Ralf-Uwe Beck**

Klar, ich arbeite seit 20 Jahren dafür, dass wir gute, bürgerfreundliche nutzbare Bedingungen der direkten Demokratie haben. Klar, würde ich jetzt auf alle Fälle sagen, wir haben einen Reformbedarf. Wir haben einen Reformstau, nicht überall. Also direkte Demokratie in Thüringer Kommunen ist das Beste, was wir in Deutschland haben. Aber in den anderen Ländern und auf den anderen politischen Ebenen, unbedingt. Das müssen wir aufbauen. Das ist aber jetzt noch nicht die Lösung aller Probleme, sondern wir brauchen viel mehr Kreativität, was die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern angeht, ihre Alltags- und Betroffenheitskompetenz mit zu nutzen und mit hineinzuholen. Da muss uns was einfallen. Und bitte keine Ausreden, so nach dem Motto, die kommen ja nicht, die wollen ja nicht, man sieht es ja bei Bürgersprechstunden und sowas. Nein, da gilt dann das Stichwort: Aufsuchende Bürgerbeteiligung. Da muss man hingehen, da muss man sich die Mühe machen, die Menschen anzusprechen und sie ins Gespräch ziehen, auch die, die vielleicht gar auf dem Sofa sitzen bleiben wollen oder die man mit Absicht sitzen lassen will. Das geht nicht mehr, sondern tatsächlich hingehen und mit den Menschen reden. Einen Unterschied, bitte aber, wenn wir dann zur AfD kommen. Ja, natürlich auch mit denen reden, selbstverständlich, die AfD wählen. Ich mache da einen deutlichen Unterschied, allerdings zu den Funktionären der AfD, da sage ich: Nein, da gibt es kein Gespräch. Da ist die rote Linie.

### **Stefan Kloss**

Ich wollte noch mal, weil wir so ein bisschen jetzt so auf der Schlusslinie sind, auch noch zwei Gedanken beisteuern, die mir sehr wich-

tig erscheinen. Wir hatten ja auch über die Zuwanderung geredet usw. Was wir aber nicht aus den Augen verlieren dürfen, ist, es wandern auch viele deutsche Fachkräfte aus Deutschland ab, und zwar nicht 10 oder 20, sondern wir reden über Zehntausende, die verlassen jedes Jahr Deutschland. Erst vor ein paar Tagen habe ich jemanden getroffen, ausgewandert mit Kindern, die Frau Ärztin, sind weg, also auch in meinem Bekanntenkreis sind viele ausgewandert. Deutsche Fachkräfte, deutsche Staatsbürger, die hier in dem Land keine Zukunft mehr sehen. Also alles Leute zwischen 20 und 40. Das macht mich sehr nachdenklich, muss ich ehrlich sagen. Und darüber muss man reden. Was ist da los? Wir brauchen diese Leute. Und das zweite ist, was ich gar nicht verstehe, das hat hier in Sachsen gespielt: Das ist, dass unsere Behörden immer noch Menschen, die vor vielen Jahren zu uns kamen, auch gerade vom Balkan usw., die hier, wo die Kinder hier geboren sind, die werden immer noch rigoros abgeschoben. Da haben wir hier bei MDR Aktuell darüber berichtet, über eine Familie aus Zschopau im Erzgebirge. Die Tochter hier geboren, ist eine deutsche Staatsbürgerin, ist mit den Eltern abgeschoben worden, vor drei Jahren. Die haben hier 20 Jahre gelebt. Sie ist Erzgebirglerin, Zschopauerin, deutsch, hat eine deutsche Geburtsurkunde und ist in der siebten Klasse gewesen. Und die sind abgeschoben worden, nach Serbien ins Nichts und werden dort als Kosovaren diskriminiert. Also, da müssen wir auch differenzieren, finde ich halt. Wir brauchen diese Leute auch hier, die hier unser Schulsystem absolviert haben. Das ist so ein widersprüchliches Signal, was wir da an die Gesellschaft senden. Dieser Fall, den ich gerade genannt habe, hat sich im ganzen Erzgebirge rumgesprochen. Die Leute fragen sich, warum werden Leute abgeschoben, die wir eigentlich brauchen, die hier geboren sind und die unser Land lieben? Das versteht niemand.

### **Ralf-Uwe Beck**

Ja, ich würde nicht mal so unbedingt von dem Nutzen für uns herkommen, das spielt bestimmt auch eine Rolle, sondern diese Schicksale ins Zentrum stellen. Ja, was soll das? Also, was ist das für ein armseliges Land, das sich so etwas gibt?

### Malte Pieper

Ralf-Uwe Beck, besten Dank, Theologe, Autor, Bundessprecher von: Mehr Demokratie. Danke an meinen MDR Aktuell Kollegen Stefan Kloss! Kritik, Anregungen Hinweise unter [wahlkreis-ost@mdr.de](mailto:wahlkreis-ost@mdr.de).

Wir gehen jetzt erst einmal in die Sommerpause und weil man da viel Zeit hat, will ich Ihnen noch einen Podcast ans Herz legen. Das war Deutschlands erste Cyberkatastrophe. Im Juli 2021 ruft der Landkreis Anhalt-Bitterfeld in Sachsen-Anhalt nach einem Hackerangriff den Katastrophenfall aus. „You’re fucked“, war die Nachricht, die die Hacker in den Systemen des Landkreises zurückgelassen haben. Sie haben alle Daten verschlüsselt, wollten eine halbe Million Dollar in einer Kryptowährung als Lösegeld erpressen damals. Und der Podcast „You’re fucked – Deutschlands erstes Cyberkatastrophe“ rekonstruiert die ersten Tage der Katastrophe, ist den Hackern auf der Spur und zeigt, wie sich der Hackerangriff auf eine Verwaltung und die Menschen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld ausgewirkt hat. Exklusive Einblicke in interne Papiere des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik und viele Gespräche zeigen, der Landkreis war nicht gut vorbereitet. Und die Frage ist eben, sind andere Landkreise, Städte, Gemeinden nach Deutschlands erster Cyberkatastrophe besser aufgestellt? „You’re fucked“ gibt es in der ARD Audiothek und überall da, wo es Podcasts gibt. Und da gibt es auch uns, Wahlkreis-Ost. Wir gehen jetzt auch an die Sommerpause, gemeinsam wie die Politik. Spätestens Ende August hören wir uns wieder. Bis dahin, danke und tschüss!

**Diese Transkription ist ein Service der MDR Redaktion Barrierefreiheit. Mehr barrierefreie Angebote finden Sie hier: <https://www.mdr.de/barrierefreiheit/index.html>**